B e k a n n t m a c h u n g

Planfeststellungsverfahren für die Herstellung von Gewässern einschließlich integrierter Prüfung der Umweltverträglichkeit im Zuge der 2. Erweiterung eines Bodenabbaus in der Gemarkung/Gemeinde Estorf, Samtgemeinde Mittelweser, Landkreis Nienburg/Weser

Die Firma Rhein-Umschlag Kieswerke GmbH & Co. KG, Dalbenstraße 17, 26135 Oldenburg, hat den Antrag auf Planfeststellung nach den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) sowie den UVP-Bericht nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) beim Landkreis Nienburg/Weser als Untere Wasserbehörde vorgelegt und die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens beantragt. Die UVP-Pflicht ergibt sich aus §§ 6 und 9 Abs. 1 Nr. 1 UVPG in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Nieders. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes – NUVPG. An Stelle einer Antragskonferenz wurde gem. § 5 Abs. 6 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) den maßgeblichen Stellen Gelegenheit zur schriftlichen bzw. elektronischen Stellungnahme zu den Antragserfordernissen gegeben.

Der Antrag umfasst den Umweltverträglichkeitsprüfungsbericht (UVP-Bericht), den Erläuterungsbericht mit dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP), Karten und Pläne. Zusätzlich sind folgende Gutachten, Fachbeiträge und Erfassungen im Teil E beigefügt, die Umweltinformationen enthalten:

- E 1 Hydrogeologisches Gutachten 2024 (Schmidt + Partner GmbH)
- E 2 Hydraulische Untersuchung 2025 (Stadt-Land-Fluss Ingenieurdienste GmbH)
- E 3 Schalltechnische Untersuchung 2024 (TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co. KG)
- E 4 Faunistische Untersuchungen Stand 02.02.2022 (Dipl. Ing., Dipl. Biol. Karin Bohrer)
- E 5 Feldlerchenmonitoring 2022-2024 (Dipl. Ing., Dipl. Biol. Karin Bohrer)
- E 6 Sommergänsemonitoring 2022-2024 (Dipl. Ing., Dipl. Biol. Karin Bohrer)
- E 7 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag 2025 (Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten GmbH)
- E 8 Natura 2000 Verträglichkeitsvorprüfung 2025 (Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten GmbH)
- E 9 Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie 2025 (Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten GmbH)
- E 10 Lagerstättenenermittlung 2012 (IDN-Ingenieur-Dienst Nord Dr. Lange – Dr. Anselm GmbH)

Die bestehende Abbaustätte westlich von Estorf soll in Richtung Nordosten um ca. 90 ha erweitert werden. Die Erweiterung liegt innerhalb des westlich, nördlich und nordöstlich angrenzenden Weserbogens. Die Ortschaft Leeseringen befindet sich südöstlich des Erweiterungsvorhabens. Die weiteren Einzelheiten des Vorhabens können den Antragsunterlagen entnommen werden.

Der Plan mit den gesamten Unterlagen einschließlich des UVP-Berichts liegen in der Zeit vom **16.06.2025 bis 16.07.2025** bei der Samtgemeinde Mittelweser, Am Markt 4, 31592 Stolzenau, Zimmer 202, und im Rathaus Landesbergen, Hinter den Höfen 13, 31628 Landesbergen, Zimmer 18, während der Öffnungszeiten

montags von	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr
dienstags von	07.00 Uhr bis 13.00 und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
donnerstags von	13.00 Uhr bis 19.00 Uhr
freitags von	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr

sowie darüber hinaus nach vorheriger besonderer Vereinbarung zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Daneben können die das Vorhaben betreffenden Unterlagen über das zentrale UVP-Portal <https://uvp-verbund.de/portal/> (Suchbegriff Rhein-Umschlag Kieswerke GmbH & Co. KG, Estorf) eingesehen werden.

Es wird darum gebeten, vorrangig von der Möglichkeit der elektronischen Einsichtnahme Gebrauch zu machen.

Einwendungen gem. § 73 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in Verbindung mit § 21 Abs. 5 UVPG:

- (1) Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens einen Monat nach Beendigung der Auslegung – das ist bis zum 16.08.2025 - bei der Samtgemeinde Mittelweser oder dem Landkreis Nienburg/Weser, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg, schriftlich oder zur Niederschrift Einwendungen erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.
- (2) Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner/eine Unterzeichnerin mit Name, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner/Unterzeichnerinnen zu benennen.
- (3) Werden gegen den Plan Einwendungen erhoben, so werden diese in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekannt gemacht wird.

Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Termin besonders benachrichtigt.

Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch eine:n Bevollmächtigte:n ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines/einer Beteiligten (Betroffenen) in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn/sie verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit

Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

Auf die Möglichkeit, den Erörterungstermin durch eine Onlinekonsultation bzw. eine Telefon- oder Videokonferenz zu ersetzen, wird hingewiesen (§ 27c VwVfG).

- (4) Durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
- (5) Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender:innen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.
- (6) Werden in diesem Verfahren Einwendungen erhoben, sind im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens auch personenbezogene Daten im Sinne von Art. 6 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutzgrundverordnung – DSGVO) zur Durchführung des Verfahrens automatisiert zu verarbeiten. Soweit personenbezogene Daten bei der Weiterleitung der Einwendung an die Antragstellerin oder an die darüber hinaus im Verfahren beteiligten Behörden und Stellen unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf in der Einwendung besonders hinzuweisen. In diesem Fall ist mitzuteilen, welche Nachteile durch die Weitergabe der Daten befürchtet werden.
- (7) Es wird darauf hingewiesen, dass die Planfeststellung alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen etc. ersetzt, und dass durch sie alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Abbauvorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt werden.

Äußerungen nach § 21 UVPG:

- (8) Die betroffene Öffentlichkeit kann sich im Rahmen der Beteiligung zu den Umweltauswirkungen des Abbauvorhabens schriftlich oder zur Niederschrift äußern. Beim Landkreis Nienburg/Weser, Fachdienst Wasserwirtschaft, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg, als zuständige Behörde sind relevante Informationen erhältlich, Tel: 05021/967-358, E-Mail: wasser@kreis-ni.de. Die Nrn. (1) bis (6) gelten für die Äußerungen zu den Umweltauswirkungen entsprechend.

Der Inhalt der Bekanntmachung und die genannten Planunterlagen, die Umweltinformationen enthalten, werden nach § 20 Abs. 2 UVPG im zentralen UVP-Portal unter <https://uvp-verbund.de/portal/> (Suchbegriff: Rhein-Umschlag

Kieswerke GmbH & Co. KG, Estorf) zugänglich gemacht.

- (9) Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit dieses Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen.

Landkreis Nienburg/Weser
Der Landrat
Fachdienst Wasserwirtschaft
Im Auftrag
Zechlin

Stolzenau, den 10.06.2025
Samtgemeinde Mittelweser
Der Samtgemeindebürgermeister
Beckmeyer